

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 40460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 286 A

BERLIN • Dienstag, den 3. Januar 1933

2 JAHRGANG

Bedrohung der Sowjet-Union.

Blutiger Auftakt zum neuen Jahr.

Drei Tote, fünf Schwerverletzte in Berlin.

Gu-n. Die militärischen Operationen des japanischen Raubzuges in der Mandschurei spielen sich nach den Meldungen der jüngsten Tage im wesentlichen an drei Stellen ab:

1. Kämpfe mit chinesischen Freischärlern in dem Gebiet um Tschangtschun, also im Zentrum von Mandschukuo, etwa dem Raum zwischen Charbin und Mukden in nordsüdlicher und Taonan und Kirin in westöstlicher Richtung. Die Kämpfe gehen hier hauptsächlich um die Bahnen, die von Charbin und Taonan südlich nach Mukden führen und für den weiteren japanischen Vormarsch nach Süden wichtig sind.

Eine japanische Meldung vom Sonnabend, wonach eine chinesisch-koreanische Verschwörung gegen den japanischen Botschafter in Mandschukuo, General Muto, in der Mandschurei „aufgedeckt“ worden sei, scheint weniger für die Bedrohungen, denen dieser Herr ausgesetzt ist, aufschlußreich zu sein, als für die Technik der „Auslösung“ militärischer Aktionen.

2. Die Offensive in der Provinz Jehol. Diese Provinz schließt sich südlich an die Mandschurei an und reicht bis nahe an Peking und Tientsin heran. In Jehol wird von den Japanern zur Zeit die stärkste militärische Aktivität entfaltet. Bereits am 8. Dezember fuhr ein japanischer Panzerzug in den Bahnhof Schanghaiwang ein; der liegt ungefähr in der Mitte der Bahnstrecke Mukden-Peking, an der Südgrenze der Provinz Jehol. Chinesische Meldungen berichten die Zusammenziehung bedrohlicher japanischer Truppenmengen an der nordchinesischen Grenze, in der Umgebung von Peking und Tientsin, berichten den fortgesetzten Vormarsch der Japaner in der Provinz Jehol. Zwar hat die japanische Gesandtschaft in Peking die Gerüchte dementiert, daß Japan mit seiner Armee auf Peking marschiere, um dort den ehemaligen Kaiser von China und jetzigen Regierungschef von Mandschukuo, Puji, zum Kaiser von China auszurufen. Dieses Dementi wird nicht nur durch die Nachrichten entwertet, nach denen gerade der japanische Gesandte in Peking, Ariyoshi, mit voller Kraft besticht und provoziert, um „die Chinesen“ in den Provinzen um Peking zu einer „Unabhängigkeits“-Aktion nach mandchurischem Muster zu treiben. Jenes Dementi wird entwertet durch die unverhüllten Drohungen der Japaner: am Sonnabend erklärte ein Vertreter des japanischen Kriegsministeriums, im Falle einer Bedrohung der japanischen Interessen durch die Tätigkeit des chinesischen Marschalls Tschanghsueiang in Nordchina werde die japanische Armee rücksichtslos vorgehen; eine derartige Entwicklung könne zu ernstlichen Ereignissen in Nordchina führen; die Verantwortung für das Schicksal Nordchinas trage dann Tschanghsueiang.

Der Versuch, dem chinesischen Marschall des Nordens die Verantwortung zuzuschreiben, war anscheinend eine vorbereitende Stimmungsmache für die am nächsten Tag begonnene japanische Aktion zur See:

zwei japanische Minenboote, fünf Zerstörer und ein kleiner Kreuzer haben am Sonntag Schanghai verlassen, „um die japanische Bevölkerung in Tientsin zu schützen“.

So meldet die japanische Admiralität. Es ist danach kaum zweifelhaft, daß die japanischen Kriegstreiber entschlossen sind, noch bevor der hilflose Völkerbund aus den Weihnachtsferien zurück ist, in Nordchina neue vollendete Tatsachen zu schaffen.

3. Der dritte Schauplatz japanischer Militäraktionen ist die chinesische Ostbahn, besonders der westliche Teil, der nach Sibirien führt. Vor einigen Tagen hat das japanische Oberkommando drei mandchurische Regimenter an dieser Strecke (Teltsikar-Hailar) „wegen Unzuverlässigkeit“ aufgelöst. Gemeinsam mit dem mandchurischen Kriegsministerium hat das japanische Oberkommando einen unter Führung japanischer Offiziere stehenden Sonderschutz für die chinesische Ostbahn gebildet.

Die Aktion an der Ostbahn ist wohl eine gegen Rußland sichernde und spätere Angriffe auf die Mongolei vorbereitende Maßnahme.

Das neue japanische Aufrüstungsprogramm.

das vor einigen Tagen mitgeteilt wurde und die Sonderausbildung von jährlich 100 000 Offizieren und Mannschaften in der mechanisierten Kriegsführung und in der Ausführung von Gasangriffen (!), das weiter die Vermehrung der sogenannten technischen Ausstattung der in der Mandschurei tätigen Truppen (mehr Flugzeuge, mehr Tanks, mehr schwere Geschütze) vorsieht, — dieses Programm hat durch die neuesten Ereignisse eine unmißverständliche Erläuterung erfahren. Die Durchführung dieses Programms kostet (nach einer Meldung aus Tokio) über 147 Millionen Yen. Der Fehlbetrag im japanischen Haushalt für 1933 beträgt nach Mitteilung des japanischen Finanzministeriums etwa eine Milliarde Yen. Das Defizit soll nach der in Deutschland bekannten Methode der

In der Nacht zum Neujahr ereigneten sich in ganz Berlin zahlreiche politische Zusammenstöße, von denen etwa zwanzig der Polizei gemeldet wurden. Verschiedentlich kam es zu Ueberfällen auf Parteilokale, wobei geschossen und mit Messern gestochen wurde.

In Lichtenrade bei Berlin wurde der Kommunist Erich Hermann durch einen Kopfstich getötet, der Reichsbannermann Erich Just durch mehrere Kopfstiche schwer verletzt. Der Ueberfall auf die beiden ging anscheinend von dem SA-Heim in Lichtenrade aus und war planmäßig vorbereitet. Obwohl die Polizei rechtzeitig alarmiert wurde, schritt sie erst ein, als ein Toter auf dem Platze geblieben war. Auf Veranlassung einiger Zeugen der Mordtat wurde das SA-Heim dann polizeilich besetzt und etwa 25 Nationalsozialisten verhaftet.

In der Ackerstraße in Berlin wurde am Sonntag früh eine Frau Martha Künstler überfallen und durch Herzschuß getötet.

In der Utrechter Straße wurde der junge Nationalsozialist Walter Magnitz durch Messerstiche in den Bauch schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo er im Laufe der Nacht starb. Im Anschluß an diese Mordtat wurden einige nahegelegene Nazi- und KP-Lokale polizeilich durchsucht. Bei den Nazis wurde ein Revolver gefunden und zwei SA-Leute wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verhaftet. Bei den Kommunisten wurde nichts gefunden. Die Täter konnten bisher nicht festgestellt werden.

In der Schwedenstraße kam es kurz nach Mitternacht zu einer Schlägerei zwischen Nazis und Kommunisten, wobei ein Kommunist leicht verletzt wurde. Zwei Nationalsozialisten und ein Kommunist wurden verhaftet.

In Köpenick schlugen zwei Männer den SA-Mann Helmut Billert nieder und entkamen unerkannt.

In der Straßmannstraße in Berlin wurde der SA-Mann Rosinski vor seiner Wohnung von unerkannt entkommenen Tätern am Kopf schwer verletzt. — Der SA-Mann Otto Paul wurde durch Messerstiche im Rücken und Gesicht schwer verletzt. Auch hier entkamen die Täter unerkannt.

In der Weddingstraße verübten einige Nationalsozialisten einen Feuerüberfall auf ein KP-Lokal.

In der Pankstraße wurden einige Kommunisten von Nationalsozialisten überfallen. Fünf Nazis wurden verhaftet.

Kriegsanleihezeichnung gedeckt werden: durch eine innere Anleihe von 400 Millionen Yen. (1 Yen beträgt etwa 90 Pfennig.)

Provokation gegen Rußland.

Es sieht nicht so aus, als ob der Völkerbund oder einer der kapitalistischen Großmächte dem japanischen Kriegszug Halt gebieten werden. Sie sind gehemmt bereits durch die Erwägung, daß sie alle an dem neuen japanischen Aufrüstungsprogramm ungeheuer verdienen werden.

Um so drängender wird die Frage, wie sich das Verhältnis Japans zur Sowjetunion gestalten wird. Rußland hat durch sein Verhalten, das bis zum Einstecken frecher japanischer Provokationen ging, bewiesen, daß es einen Krieg mit Japan mit allen Kräften vermeiden will. Die Japaner haben daraus ein starkes Selbstbewußtsein geschöpft, das in einer unglaublich frechen und höhnischen Weise der japanische Völkerbundsdelegierte Matsuoka zum Ausdruck gebracht hat, als er in den ersten Dezembertagen auf der Durchreise nach Genf in Moskau mit Karachan, Litwinow und Radek gesprochen hat. Ueber diese Gespräche hat er in Genf einem Pressevertreter gegenüber folgendes erzählt:

„Ich sagte den Sowjet-Politikern ganz offen, daß die japanische Aktion in der Mandschurei hauptsächlich auf die Festlegung einer sichernden Trennungslinie gegen Sowjetrußland abziele. Dies wurde gesagt, um klare Voraussetzungen für weitere Unterhaltungen zu schaffen — weil ich ein offener Mann bin und nicht wünsche, irgend jemanden hinter Licht zu führen.“

Matsuoka hob hervor: erst wenn in der Mandschurei wieder feste Verhältnisse geschaffen seien und Japan sich gegen Rußland sicher fühle,

AUS DEM INHALT:

Erwerbslosen-Kollektive.

Kampf der Sklaverei.

Schikanen gegen Stadtrandsiedler.

Senatspräsident als Ehrabschneider.

Weihnachtsüberraschung für das sächsische Volk.

Zwei Weltanschauungen — zwei Fehler.

In der Otavistraße entspann sich eine Schlägerei zwischen SA-Leuten, wobei der SA-Mann G u n d e r m a n n durch einen Schuß aus einer Scheintodpistole an den Augen verletzt wurde.

In der Ebertstraße wurde auf ein Lokal ein Feuerüberfall verübt. Zwei Nationalsozialisten, ein Kommunist und zwei angeblich Parteilose wurden verhaftet.

Ferner wurde ein Werkzeugmacher Walter Krieger durch zwei Revolverschüsse verletzt. — Der Bügler Kusserow wurde von mehreren Unbekannten ohne ersichtlichen Grund vor seinem Hause niedergeschlagen und schwer verletzt; der Täter konnte hier gefaßt werden. — Der Arbeiter Balde erhielt durch einen Scharfschuß eine schwere Verletzung an der Hand. Der Tischler Adolf Pienke wurde von fünf Personen überfallen und erheblich verletzt.

In Berlin-Tegel wurde der 22 Jahre alte Walter Werder angeblich in Notwehr mit einem Tesching schwer verletzt.

In Staaken bei Berlin erhielt ein dreizehnjähriges Mädchen einen Brustschuß aus einer Schreckschußpistole.

In Alt-Biesdorf bei Berlin wurde der Gerüstbauer Heinrich Jahnke bei einer Messerstecherei schwer verletzt.

In der Kaiser-Wilhelm-Straße war es schon am Sonnabend gegen zwei Uhr morgens zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen, wobei der Nazi Werner Uecker verletzt und von der Feuerwehr nach dem Krankenhaus geschafft wurde. Das bald danach eintreffende Ueberfallkommando fand niemand mehr vor.

dann, und nur dann werde Rußland mit Japan in Frieden leben können.

Welch unverschämte Sprache! Mit dünnen Worten: wenn Rußland uns, die Japaner, in der Mandschurei nicht alles machen läßt, was uns beliebt, dann werden wir gegen Rußland vorgehen.

Matsuoka hat sich dann darüber beschwert, daß die Russen sich auf den Ausbau der Schwerindustrie wüfren; jedermann wisse doch, daß Schwerindustrie dazu diene, schweres Kriegsmaterial herzustellen.

Welcher kapitalistische Staat würde eine solche Einmischung in innere Angelegenheiten nicht als eine Herausforderung ansehen!

Matsuoka schloß mit einer höhnischen Anerkennung der russischen Politik: „Sie halten sich fern vom Mandschurei-Problem und Sie legen unseren Anstrengungen zur Befriedung der Mandschurei kein Hindernis in den Weg. . . . Es gibt auf der Welt keine Nation, die auf Akte der Freundschaft so anspricht wie Japan. Das japanische Herz ist hart wie ein Diamant gegen Drohungen, aber weich wie Wachs, gegenüber Akten der Freundschaft.“

Es ist den russischen Genossen sicher nicht möglich gewesen, eine solche Sprache ohne eine starke innere Erregung anzuhören! Sie läßt keinen Zweifel darüber, daß

Rußland und die internationale Arbeiterschaft von Japan Taten zu erwarten hat, die der Frechheit jener Worte entsprechen.

Politik des Friedens.

Rußland läßt sich nicht provozieren. Alle Meldungen deuten auf seine Bemühungen hin, trotz allem den Nichtangriffspakt mit Japan zustandezubringen. Und diese Bemühungen scheinen Erfolg zu haben. Noch am Sonnabend erklärte der japanische Ministerpräsident Saito, die japa-

nische Regierung verhandle „im Augenblick“ nicht über einen Pakt mit Rußland, da sie erst Garantien dafür haben wolle, daß Rußland die kommunistische Propaganda in Japan und — China (!) einstelle. Am Montag aber berichtet die sowjetamtliche Agentur aus Tokio, daß Saito vor Pressevertretern erklärt habe, er halte im Interesse der Erhaltung (!) des Friedens im Fernen Osten den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Rußland für notwendig. Auffällig ist es, daß auch in dieser Äußerung nicht mehr die Rede ist von der früher geäußerten Bedingung Japans: erst offizielle Anerkennung Mandschukuo durch die Sowjetregierung.

Wir hoffen, daß auch in diesem Falle der auf die Erhaltung des Friedens abzielenden Außenpolitik Rußlands ein Erfolg gelingt. Mindestens das eine wäre durch ihn erreicht: den imperialistischen Räubern wäre ihr Unternehmen vor der öffentlichen Meinung der Welt, vor allem der Arbeiterschaft der Welt, erschwert.

Brandstifter auch in Südamerika

Die kolumbische Regierung hat ihre in Para, an der Amazonasündung, liegenden Kriegsschiffe angewiesen, stromaufwärts zu fahren, um die Wiedereroberung der von den Peruanern besetzten kolumbischen Stadt Leticia zu beginnen. Eine Riesenreise! Den ganzen Amazonas aufwärts, quer durch Brasilien!

Die brasilianische Regierung hat in scharfen Noten an die beiden streitenden Regierungen gegen die Verletzung der Neutralität Brasiliens protestiert. Sie werde die Durchfahrt durch den Amazonas sperren. Sie hat einen Kreuzer, zwei Zerstörer und sechs See-Flugzeuge von Rio de Janeiro nach Tabatinga abgesandt. Tabatinga liegt am oberen Amazonas.

Die polnische Generals-Linie.

Wehrhaftmachung der Jugend und Staatskontrolle der Universitäten.

Der polnische Marschall Pilsudski hat auf dem Wege über die Strohputzen, die er in die Regierung gesetzt hat, zwei Verordnungen veröffentlicht, die eines Generals würdig sind. Die erste Verordnung betrifft die Wehrhaftmachung der Schuljugend. Diese Aufgabe wird dem bisher nur als innenpolitische Wehrorganisation verwandten Schützenbund „Strzelec“ übertragen, der unter Leitung des Marschalls Pilsudski steht. In der neuen Verordnung wird verfügt, daß im Rahmen des Kriegsministeriums der Posten eines Oberkommandanten des Schützenverbandes und im Rahmen des Wehrkreiskommandos der Posten eines Bezirkskommandanten des „Strzelec“ geschaffen wird. Der Oberkommandant des genannten Verbandes im Range eines Brigadegenerals wird gleichzeitig stellvertretender Leiter des Staatsamtes für körperliche Erziehung und militärische Vorbildung und als dessen Vertreter Mitglied des Hauptvorstandes des Schützenverbandes. Als Arbeitsorgan dieses Hauptvorstandes gilt das Hauptkommando des Schützenverbandes, dem eine Anzahl von Offizieren im Range vom Oberst bis zum Hauptmann angehören. Die Kommandanten der Bezirksverbände des „Strzelec“ gehören gleichzeitig als Inspektoren den Bezirksämtern für körperliche Erziehung und militärische Vorbildung sowie als Vertreter den Bezirksausschüssen des

Schützenverbandes an. Unabhängig von ihrem Dienstverhältnis innerhalb des Wehrkreiskommandos sind sie hinsichtlich aller Arbeiten des Schützenverbandes unmittelbar ihrem Oberkommandanten unterstellt. Im gleichen Dienst und Arbeitsverhältnis wurden auch für die Divisions- und Regimentsbereiche Unterkommandanturen des Schützenverbandes geschaffen, die gleichzeitig in den betreffenden Bezirks- und Kreisämtern für körperliche Erziehung und militärische Vorbildung ihren Pflichten als Instruktoren und Inspektoren obliegen.

Die zweite Verordnung, die vorläufig nur ein Gesetzentwurf ist, bestimmt, daß der Rektor nötigenfalls befugt ist, die Hilfe der Polizei auch auf dem engeren Gebiet der Universität in Anspruch zu nehmen. Desgleichen erhalten die Organe der Sicherheitsbehörden im Falle öffentlicher Gefahr und Bedrohung von Menschenleben das Recht, die Universität zu betreten. Außerdem werden die Disziplinarvorschriften verschärft.

Den studentischen Vereinigungen wird strengsten unter sagt, politische Tätigkeit irgendwelcher Art zu entfalten. Diese Bestimmungen sind vor allem gegen die dem herrschenden Regime feindlichen Nationaldemokraten gerichtet, die in Kreisen der Studenten sehr einflußreich sind.

Ein Messingschild als Friedenstaube.

Wo schon überall von einer Revision der Friedensverträge gesprochen wird und Deutschland sogar schon grundsätzlich die Gleichberechtigung im Besitz von Mordinstrumenten zugesagt worden ist, will die australische Regierung beweisen, daß sie ihrerseits es nicht an dem guten Willen fehlen läßt, die Folgen des Weltkrieges zu liquidieren. Sie hat deshalb beschlossen, dem Reichspräsidenten von Hindenburg das Namensschild des im Weltkrieg zerstörten deutschen Panzerkreuzers „Emden“ zu überreichen, das bisher das australische Bundesparlament schmückte. Das Schild ist bereits in London eingetroffen. Vor seiner endgültigen Ueberreichung mag noch einige Zeit vergehen, da die äußerst wichtige Frage, ob der australische Botschafter in London zu diesem Zweck nach Berlin kommen wird, oder ob er das Schild in London dem dortigen deutschen Botschafter überreicht, der es dann dem Reichspräsidenten übermitteln würde, noch der Lösung harret.

Im Zeichen der Abrüstung wird die englische Admiralität demnächst ein Panzerschiff in Auftrag geben, das dem deutschen Panzerkreuzer A: „Deutschland“ entspricht.

Die bulgarische Regierung gebildet.

Die neue bulgarische Regierung gleicht der alten aufs Haar. Muschanow ist Ministerpräsident und Außenminister. Auch die drei Vertreter des Bauernbundes sind wieder in der Regierung. Lediglich die Nationalliberalen haben der Regierung die Mitarbeit versagt, sodaß diese keine Mehrheit im Parlament mehr hat. Muschanoff hofft, von den Nationalliberalen wenigstens toleriert zu werden. Jedoch wird allgemein damit gerechnet, daß es demnächst zu Neuwahlen kommen wird.

Einstein an die patriotischen Gänse.

Professor Einstein hat der amerikanischen Frauenorganisation, die seine Einreise nach Amerika verhindern wollte, jetzt nach seinem Eintreffen in Amerika eine humorvolle Erklärung zugehen lassen:

„Ich habe noch nie von seiten des schönen Geschlechts eine so energische Ablehnung gegen jede Annäherung gefunden. Sollte es doch einmal der Fall gewesen sein, dann sicher nicht von so vielen auf einmal. Aber haben sie nicht recht, diese wachsamten Bürgerinnen? Weshalb soll man auch einen Menschen einladen, der mit demselben Appetit und Behagen hartgesottene Kapitalisten frisst, wie einst das Ungeheuer Minotaurus in Kreta leckere griechische Jungfrauen, und der zudem so gemein ist, jeden Krieg abzulohnen, ausgenommen den unvermeidlichen mit der eigenen Gattin? Hört also auf eure klugen patriotischen Frauen und denkt daran, daß auch das Kapitol des mächtigen Roms einst durch das Geschnatter seiner getreuen Gänse gerettet wurde! Albert Einstein.“

140 Kilometer Stundengeschwindigkeit

erreicht der neue Schnellzug London-Brighton, der am Freitag in Betrieb genommen wurde und künftig diese Strecke jeden Tag 23 Mal zurücklegen wird. Diese neue Leistung der englischen Eisenbahnen findet große Beachtung, was insbesondere mit Hinsicht darauf berechtigt ist, daß der Zug den vielen in Brighton lebenden Londoner Kapitalisten noch bessere Gelegenheit gibt, schnell und mühelos den Weg von der Villa zum Büro zurückzulegen.

Die irischen Postbeamten drohen mit einem Streik für den Fall, daß De Valera sich nicht bereit erklärt von der Kürzung der Beamtgehälter abzusehen.

Kampf der Sklaverei!

H. M. Eine englische Adlige, die Frau des britischen Außenministers, Lady Simon, hat einen

„Aufruf an Deutschland“

erlassen, sich am Kampf gegen die Sklaverei zu beteiligen. Die Lady schildert sehr eindringlich das Los der mehr als fünf Millionen leibeigenen Sklaven, die es auf der Welt noch gibt, vor allem in Zentral-Afrika und im Fernen Osten. Sie wünscht, daß die Deutschen, die sich vor dem Kriege am Kampf gegen die Sklaverei beteiligt haben, auch jetzt wieder in die Reihe der Gegner des Menschenhandels treten sollen. Um diesem von ihr in der „Frankfurter Zeitung“ aufgerufenen Deutschland die Dringlichkeit des Kampfes recht vor Augen zu führen, zitiert sie einige Sätze aus einem Buch von Max Grühl, darunter folgende:

„Nackte Männer und Weiber, denen ein Fetzen kaum die Blöße deckte, nackte Kinder an der Hand oder in einem Bündel auf dem Rücken, schleppten sich, mit Ketten aneinandergeschlossen, durch den Dreck, von erbarmungslosen Kerlen getrieben wie Vieh, ja schlimmer als Vieh! . . .“

Hätte ich die Macht gehabt, ich hätte diese Sklavenhalter niedergeknallt wie tollwütige Hunde!“

Grundsätze deutscher Außenpolitik.

Dargelegt von Botschafter Nadolny.

H. M. Im „Hannoverschen Anzeiger“ wird ein Aufsatz des Führers der deutschen Abordnung zur Abrüstungskonferenz, des Botschafters Nadolny, über Stand und Aussichten der Abrüstungspolitik, veröffentlicht. Der Schlusssatz dieses Artikels ist zugleich das Motto der ganzen Ausführungen des Herrn Nadolny, und nicht nur seiner Ausführungen, sondern auch der gesamten deutschen Außenpolitik:

„So wollen wir mit guter Hoffnung und mit ruhiger Entschlossenheit wieder in die Verhandlungen hineingehen,

mit Entschlossenheit, unser deutsches Recht ungeschmälert zur Geltung zu bringen, aber auch mit Entschlossenheit, unsere Arbeit in den Dienst des Ganzen zu stellen . . .“

Der oberste Grundsatz deutscher Außenpolitik ist also: die Wahrung deutschen Rechtes. Die etwaige Wahrung der Rechte anderer steht erst an zweiter Stelle.

Wie wendet Nadolny diesen Grundsatz auf die Abrüstungskonferenz an?

„Die vorbereitende Abrüstungskommission, die fünf Jahre getagt hatte, war über alle unsere Anträge und Einsprüche hinweggegangen und hatte einen Vorentwurf einer Konvention zusammengebracht, der nichts von Abrüstung enthielt und der ausdrücklich nochmals die Entwaffnungsbestimmungen der Friedensdiktate festlegte, sie sogar zur Voraussetzung jeder Rüstungsbeschränkung der anderen Staaten machte.

Das bedeutete für uns

nochmalige Unterzeichnung des Versailler Diktats gegenüber der ganzen Welt. So schien es fast, als sollte die Konferenz denselben Verlauf nehmen wie ihre Vorläuferin, die vorbereitende Kommission.

Nadolny spricht dann über die von Italien vorgeschlagene qualitative und die von Amerika und Rußland geforderte quantitative Abrüstung und fährt fort: „Damit war die Konferenz auf die Plattform eines wirklichen Abrüstungsprogramms gestellt. Damit aber wurde es zugleich klar,

daß die Welle in unserer Richtung zu laufen begann

Es ist selbstverständlich, daß wir als Sozialisten auch Gegner der Sklaverei sind und es im allgemeinen begrüßen, wenn jemand zum Kampf gegen dieses Unrecht aufruft, die Aufmerksamkeit der Welt darauf lenkt. Aber was soll dieser Aufruf? Was soll der Aufruf der Gattin des Außenministers jenes Weltreichs, „in dem die Sonne nie untergeht“? In jenem Weltreich bescheint die Sonne das riesige Indien, in dem es mehr als 300 Millionen Unterdrückte gibt, es bescheint die britischen Interessensphären in China, wo hungrige Millionen als Bettler, Räuber, Soldaten durchs Land ziehen, weil sie keine Blicke haben, wo Hunderttausende in einem Krieg ermordet werden, den aufzuhalten der britische Außenminister sich nicht bemüht hat. Wenn die Sonne über das britische Weltreich wandert, sieht sie auch Afrika, wo Millionen von Negern ihres Landes beraubt, von der Gunst der Landesgenossen von Lady Simon leben, und die Gunst dieser Landesgenossen reicht nicht weit, reicht nur so weit, wie es dem Geldbeutel zuträglich ist. Und schließlich scheint die Sonne über der Heimat der Lady Simon, wo die Erwerbslosen mit ihren Familien mehr als 5 Millionen ausmachen. . . .

Aber natürlich, Sklaverei ist all das nicht! Die hungerten Millionen in Indien, die chinesischen Kulis, die afrikanischen Neger und gar die britischen Arbeiter sind frei! Sie sind nicht die Ketten geschlossen, sondern wenn ihre Herren keine Verwendung mehr für sie haben oder es ihnen nach dem Land jener Untertanen des britischen Monarchen gelüstet, dann sind sie frei, dürfen fortgehen und sehen, wo sie künftig ihre Haut zu Markte tragen können, um sich das zum Leben Notwendige zu beschaffen. Sklaven zu halten rentiert sich für britische Kapitalisten nicht, und daher können sie es sich erlauben, ihre Frauen Aufrufe in die Welt hinausposaunen zu lassen, um im Namen von Recht, Freiheit und Menschlichkeit gegen die Grausamkeit der Sklaverei zu protestieren. Als Sklavenhalter, die in den von Lady Simon zitierten Sätzen „tollwütige Hunde“ genannt werden, haben die edlen Briten ihren Reichtum und ihre Macht und ihr Ansehen aufgebaut. Als es sich nicht mehr lohnte, haben sie die Sklaverei aufgegeben. Tollwütige Hunde sind manche von ihnen jedoch geblieben und diese „niederzuknallen“ ist jedenfalls ein beachtenswerter Vorschlag. Lady Simon brauchte nicht einmal nach Afrika zu fahren, um diese Aufgabe in Angriff zu nehmen.

Wenn es einer Frau wie Lady Simon ernst ist um die Phrasen, mit denen sie zwei Spalten der „Frankfurter Zeitung“ füllt, so kann sie das leicht beweisen. Die Zahl derer, die im Machtbereich der britischen Regierung, deren Außenminister ihr Gatte ist, in moderner Sklaverei leben, ist hundertmal so groß wie die Zahl derer, die — den offiziellen Statistiken zufolge — in anderen Ländern in Leibeigenschaft leben. Wenn sie den Kampf für das Recht da aufnimmt, wo es für sie am nächsten liegt, dann ist allerdings zu befürchten, daß sie von den „tollwütigen Hunden“ aus ihrer gesellschaftlichen Stellung verdrängt wird. Dann hätte sie aber auch das Recht, für die Abschaffung der Sklaverei in anderen Ländern zu kämpfen und sogar zu diesem Zweck Aufrufe zu erlassen.

Militär gegen hungernde Arbeiter.

Der demokratische Senator Conally von Texas protestierte im amerikanischen Senat in scharfer Weise dagegen, daß die Besetzung des an der mexikanischen Grenze gelegenen Forts Russell herausgenommen und die Truppen nach dem Grubengebiet von Kentucky verlegt werden, wo die Bergarbeiter bekanntlich in grenzenlosem Elend und unter der vor keiner Gemeinheit zurückschreckenden Herrschaft der Grubengesellschaft leben.

Wie die Zustände in Kentucky sind, haben wir erst kürzlich im „Funken“ (Nr. 232) berichtet. Statt dafür zu sorgen, daß die dort bestehende Sklavenwirtschaft endlich beseitigt wird, umlagert die Regierung das Gebiet nun mit Militär, das der Miliz und Grubenpolizei im Kampf gegen die Arbeiter beisteht.

und daß auch für unsere Gleichberechtigung die Stunde geschlagen hatte. Ich glaube mich keinem übertriebenen Optimismus hinzugeben, wenn ich sogar die Ueberzeugung ausspreche, daß die Konferenz im kommenden Jahr — wenn nicht besonders Zwischenfälle die Weiterarbeit vereiteln — tatsächlich zu einem positiven Ergebnis gelangen wird, nämlich zu einer Konvention, die

sowohl eine nennenswerte allgemeine Abrüstung wie auch die volle Anwendung unserer Gleichberechtigung

enthalten wird. Freilich wird zur Erreichung der beiden für unsere Unterschrift unter die Konvention maßgebenden Ziele, der allgemeinen Abrüstung und unserer Behandlung gleich allen anderen Staaten, noch manche Schwierigkeit zu überwinden und mancher Kampf aufzufechten sein.“

„Es wäre zu wünschen, daß die Konferenz sich in dieser Hinsicht (Einzelheiten in der Abrüstung) in der ersten Konvention noch nicht zu sehr in Einzelheiten verliert, sondern sich zunächst möglichst mit globalen Lösungen begnügt und die genauere Bestimmung späteren Konferenzen vorbehält.“

Also, das Ausschlaggebende ist die volle Gleichberechtigung, sie sollte verbunden sein mit einer nennenswerten Abrüstung, wofür die Einzelbestimmungen aber auf späteren Konferenzen behandelt werden. Der oben genannte Grundsatz ist voll und ganz gewahrt: „Das „deutsche Recht“, d. h. die sogenannte Gleichberechtigung, soll durchgesetzt werden, aber auch die „Arbeit im Dienst des Ganzen“, der Abrüstung, wird erwähnt, nur hat die deutsche Abordnung auf der Konferenz es hierbei in bezug auf Einzelheiten weniger eilig.

Der genannte Grundsatz der deutschen Außenpolitik ist nichts weiter als eine konsequente Folge des Grundsatzes der Souveränität; denn wenn die eigene nationale Regierung die höchste Instanz ist, wenn sie also keine internationale Gesetzgebung als übergeordnet anerkennt, so muß ihr notwendigerweise in erster Linie an der Wahrung ihrer eigenen Interessen liegen. In ihrer Stellung zur Abrüstungskonferenz liegt ihr also zuerst daran, die eigene Wehrmacht im Verhältnis zu der anderer Staaten zu stärken, während ihr die Sicherung des Friedens weit weniger dringend erscheint.

„Erwerbslosenkolllektive.“

Neue Aufgaben der Gewerkschaften.

R. H. Da mit „Wehrsport“ und Phrasen von der leiblichen und seelischen „Ertüchtigung“ den jungen Erwerbslosen auf die Dauer ebensowenig geholfen wird, wie durch den „Freiwilligen Arbeitsdienst“, wurde jetzt in Berlin eine „Erwerbslosenselbsthilfe“ gegründet. An dieser Organisation sind auch die Freien Gewerkschaften beteiligt. Zunächst wurden Wohnkolllektive in Angriff genommen und ebenso Werkkolllektive, in denen Facharbeiter tagsüber an der Erhaltung und Verbesserung ihrer Berufsfertigkeit arbeiten und dabei gleichzeitig Ausbesserungsarbeiten der Kleidung, des Schuhzeugs und der Möbel der Wohnkolllektive ausführen können.

Das erste derartige Heim für junge Erwerbslose wurde in Berlin in der Schlesischen Straße 42 eingerichtet in leerstehenden Räumen des früheren Verbandshauses der Gemeindearbeiter, die der Gesamtverband kostenlos zur Verfügung stellte. Das Heim soll eine wirkliche Heimat werden für solche Erwerbslose, die keine Familienangehörigen in Berlin haben oder denen das Elternhaus seit ihrer Erwerbslosigkeit — wie in ungeheurer vielen Fällen — zur Hölle geworden ist. Das Mittagessen holen die Mitglieder dieses Kollektivs aus der Notstandsküche, die übrigen Mahlzeiten bereiten sie sich selber. Der Lebensunterhalt kann auf diese Weise derart verbilligt werden, daß auf den einzelnen in der Woche für Wohnung und Essen nur sechs Mark entfallen, die er von seiner Wohlfahrtsunterstützung zahlt. Abends besuchen die jungen Genossen die Veranstaltungen ihrer Gewerkschaften und Parteien oder nehmen an Arbeitsgemeinschaften zur geistigen, insbesondere politischen Weiterbildung teil.

Die „Erwerbslosenhilfe“ plant auch ein Wohnkolllektiv für erwerbslose junge Arbeiterinnen. Wenn die „Erwerbslosenhilfe“ hinreichende Unterstützung durch die Arbeiterorganisationen erfährt, sollen nach diesen Vorbildern in den verschiedensten Stadtteilen Berlins derartige Kollektive eingerichtet werden.

Es ist sehr zu wünschen, daß die Freien Gewerkschaften alle Kräfte einsetzen für die Verwirklichung dieser Pläne. Derartige Hilfsmaßnahmen hätten schon viel früher und in größerem Maßstabe erfolgen müssen. Das ist wichtiger als der Bau von Prunkpalästen für die Verwaltungsgewerkschaften, dann wären die erwerbslosen Jungarbeiter gar nicht erst in die Lager des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ gelaufen, und die Gewerkschaften könnten es sich heute leisten, den FAD völlig zu sabotieren, wobei ihre Organisation sogar noch zahlenmäßig wachsen könnte durch Zustrom von Jungarbeitern, die neues Zutrauen zu solchen Kampf- und Hilfsorganisationen bekommen hätten. Doch noch ist es nicht zu spät!

Bezeichnend für den Geist vieler Hauswirte ist übrigens, daß sie meist große Schwierigkeiten machen, ihre leerstehenden (!) Wohnungen an Privatpersonen zur Kollektivbenutzung durch Erwerbslose zu vermieten. Wenn es sich um SA-Kasernen handeln würde, das wäre etwas anderes... Deshalb war es notwendig, eine juristische Körperschaft zu bilden, die die Verantwortung für alle ihr angeschlossenen Wohnungen und Mitglieder übernimmt.

Aber auch von anderer, nichtgewerkschaftlicher Seite wurden diese Gedanken des Kollektivwohnens aufgegriffen und mit bestem Erfolg durchgeführt. In der Beilage „Die Brücke“ des „Berliner Tageblatts“ vom 4. Dezember berichten verschiedene Teilnehmer an derartigen Einrichtungen über ihre Erfahrungen. So haben in Breslau vor einiger Zeit junge Erwerbslose, Arbeiter und Studenten ein gemeinsames Wohnheim gegründet. Sie mieteten eine Großwohnung, die so untergeteilt wurde, daß der größte Raum als gemeinsames Wohnzimmer und die übrigen Zimmer als Schlafräume mit je drei Betten eingerichtet wurden. In Breslau kostet eine Fünf-

zimmerwohnung monatlich 80 bis 90 Mark, eine Schlafstelle wöchentlich mindestens 4 Mark, während die Mitglieder des erwähnten Wohnheims für Wohnung, Heizung und Waschen der Bettwäsche und Handtücher monatlich 9 (neun) Mark bezahlen! Dafür bezahlt die „Wohlfahrt“ den Ausgesteuerten eine Mietbeihilfe. An Verpflegungskosten zahlt jedes Mitglied der Gruppe 20 Mark im Monat. Die Wohnungseinrichtung wurde von Bekannten gestiftet und von den jungen Arbeitern „auf neu“ hergerichtet. Auch bei Versteigerungen können für diese Zwecke geeignete Möbelstücke billig erworben werden.

Ein Tagesheim hat eine Arbeitsgemeinschaft im Morgenhof in Sangerhausen eingerichtet. Gegründet wurde es von einer Gruppe junger Gewerkschafter, die ihre Freizeit zur geistigen und beruflichen Fortbildung benützen wollen. Das Heim ist tagsüber (auch am Sonntag) für Erwerbslose und im Beruf Stehende geöffnet. Es liegen alle wichtigen Tageszeitungen aus und eine umfangreiche Bibliothek steht, jedem kostenlos zur Verfügung. Zur Unterhaltung sind Schach- und andere Spiele vorhanden; außerdem wird in dem Heim viel musiziert. An den Abenden finden Vorträge und Kurse statt (zum Beispiel in Stenographie, Buchführung, Englisch, Mathematik und ähnlichem). Diese Veranstaltungen werden von den noch in Arbeit stehenden Teilnehmern finanziert. Die finanzielle Unterhaltung des Heimes selber geschieht aus eigener Kraft, aus Wochenbeiträgen der Arbeitslosen und aus freiwilligen Spenden.

Das Tagesheim hat neuerdings sechs Morgen Land gepachtet, die gemeinsam umgegraben wurden; im kommenden Frühjahr sollen darauf Getreide und Kartoffeln angebaut werden. Die Erträge werden nach Leistung (geleisteten Arbeitsstunden) an die einzelnen Beteiligten verteilt. Irgendein Lohn wird nicht gezahlt, dagegen wird an den Arbeitstagen Frühstück und Mittagessen ausgegeben. Es ist geplant, im Laufe der Zeit noch mehr Land zu beschaffen, um auf diese Weise für diejenigen, die doch voraussichtlich keine Arbeitsstelle mehr bekommen, vorzusorgen. Der Bericht schließt mit den Worten: „Wir sind der festen Überzeugung, daß wir über diese Notzeit nur durch Selbsthilfe hinwegkommen.“

Schließlich sei noch von Organisationen berichtet, die Gemeinschaftsküchen eingerichtet haben. Zuerst wirkliche nach langer Vorarbeit der „Verein Erwerbslosenküchen“ in Frankfurt am Main diesen Gedanken. Seinem Beispiel folgte bald der Berliner Verein für Erwerbslosenpeisung „Gemeinschaftsküche“. Diese Vereine sind genossenschaftlich aufgebaut. Die Anregung ging von den Erwerbslosen selber aus; die Erwerbslosen machen auch alle Arbeiten selber. Kein teurer bürokratischer Apparat belastet das Unternehmen. Der einzige Entgelt, den die in der Küche und Verwaltung arbeitenden Frauen und Männer erhalten, ist das Anrecht auf eine Portion Essen für sich und ihre Familie. Dieses Hilfswerk kam zustande ohne behördliche Einmischung und ohne öffentliche Unterstützung.

Jeder Küche ist ein „örtlicher Verein“ angeschlossen, in dem die in enger Nachbarschaft wohnenden Erwerbslosen und auch in Arbeit Stehende als Mitglieder vereinigt sind. Diese örtlichen Vereine wieder sind in einem „Dachverein“ zusammengefaßt. Die Aufgabe des Dachvereins ist vor allem der billigere Großeinkauf und die Unterstützung örtlicher Vereine durch Zuschüsse und Kredite. Diese Tätigkeit des Dachvereins ermöglicht es, das Liter Essen für 25 Pfennige herzustellen; abgegeben wird das Liter für 10 Pfennige; 15 Pfennige werden von den örtlichen Vereinen und dem Dachverein aufgebracht. In Berlin bestehen schon mehrere dieser Küchen und weitere sind geplant. Die Erwerbslosen, die diese Küchen in Anspruch nehmen, erhalten ihre volle Unterstützung weiter, da die Richtsätze nicht gekürzt werden, wenn es sich um Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege handelt.

Wir behandeln diese bisher gesammelten Erfahrungen über Gemeinschaften Erwerbsloser zur Erleichterung ihres schweren Lebenskampfes durch gegenseitige Hilfe deshalb so ausführlich, weil hier tatsächlich für alle Arbeiterorganisationen noch Neuland der Tat liegt; es ist erstaunlich, wie wenig derartige Möglichkeiten bisher ausgenutzt wurden. Allerdings übersehen wir nicht die bei solchen Versuchen organisierter Selbsthilfe ebenfalls entstehenden Gefahren. Aber Gefahren sehen, bedeutet noch nicht, daß man gar nichts tun dürfe, um die Sicherheit zu haben, keine Fehler zu machen. Gefahren können vermieden werden! — Da ist zunächst der Einwand: die arbeitslosen Genossen werden durch solche Hilfsmaßnahmen organisatorisch zu sehr in Anspruch genommen und vom Kampfe abgehalten. Dieser Einwand ist vielfach nur eine Abwandlung der „Verelendungstheorie“. Im übrigen zeigt gerade die Erfahrung, daß die Verbesserung der äußeren Lage (zudem handelt es sich eigentlich nur darum, zu verhindern, daß die Lebenshaltung — wie heute vielfach — unter die unterste Grenze der Lebensmöglichkeit und des Menschenwürdigen absinkt) nicht notwendiger Weise eine Schwächung der Kampfkraft der Genossen nach sich ziehen muß. Gerade auch in den Kreisen der ISK-Genossen, die lange vor den obengenannten Versuchen derartige Not- und Lebensgemeinschaften verwirklicht und als gut erproben, wurden ermutigende Erfahrungen gesammelt, die das Gegenteil der Befürchtung beweisen, unbeschadet der entschiedenen Ablehnung zwangsmäßiger Kollektivierungsmaßnahmen durch den ISK.

Ein gewichtigerer Einwand ist der, dem Staat werde es zu leicht gemacht, seine Pflichten gegenüber seinen Bürgern abzuwälzen. Unseres Erachtens handelt es sich hier um reine Machtfragen. Ein Klassenstaat wird eine solche Abwälzung immer versuchen, soweit es in seiner Macht steht. Wenn es nun gelingt, zu verhindern, daß die politische Aktivität herabgemindert, dagegen vielleicht sogar noch gestärkt wird, dann kann dieser Gefahr mit größerer Ruhe als heute entgegen-gesehen werden.

Auf jeden Fall sollte jedoch jede derartige Organisation der Erwerbslosenhilfe von Arbeiterseite darauf verzichten, das sogenannte „Netzwerk der deutschen Jugend“ in Anspruch zu nehmen. Die Beihilfen des Staates sind zu gering (höchstens 15 bis 25 Pfennige pro Person und Tag), um ins Gewicht zu fallen; die als Gegenleistung gestellten Bedingungen dagegen sind so militaristisch und den Interessen der Arbeiterklasse entgegengerichtet, daß hier keinerlei Konzessionen möglich sind!

Zwei Weihnachtsbotschaften.

„Erlöse uns von dem Übel...!“

1.

Der „Bayerische Kurier“ veröffentlichte zu Weihnachten einen großen Artikel des Kardinals Faulhaber über „die Botschaft von Bethlehem“. Sie laute: „Einfachheit, Genügsamkeit, Abhärtung“ und gelte nicht nur für die Reichen, sondern auch — für die Armen:

„Freilich müssen auch die Armen selber genügsam sein und dürfen nicht auf Schleichwegen sich doppelt beschenken lassen, während andere leer ausgehen.“

2.

Zur gleichen Zeit erhielt der Professor der evangelischen Theologie Karl Bath in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ das Wort zu einer Weihnachtsepistel. In dieser heißt es u. a.:

„Der Mensch kann sich nicht selbst helfen wollen. Daß er sich selber helfen will, das ist, in dem einzigen ernsthaften Sinn des Wortes verstanden: seine „Sünde“.“

In der Gesellschaft dieser beiden „Gottesgelehrten“ befinden sich heute noch immer Millionen von Arbeitern. Wer öffnet ihnen die Augen?
H. Lt.

BRUNO GLUCHOWSKI
HÖHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (46)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 10

Männer rütteln am Zechentor, werfen sich mit ihren Schultern dagegen. Den vereinten Kräften gelingt es, das Tor zu sprengen. Die Masse flutet auf den Zechenplatz. Der Portier versucht sie zurückzuhalten, wird über den Haufen gerannt. Zum Schacht laufen sie, auf dem die Seilscheiben nur langsam kreisen. Nichts kann sie aufhalten, bis sie oben sind auf der Hängebank, vor dem Schacht.

Glockensignale hallen aus der Tiefe, das Verletztensignal: Langsamste Fahrt!

In erwartungsvoller Angst heften sich die Augenpaare auf den Anschläger, der jetzt langsam die eiserne Schiebtür, die den Schacht verschließt, aufstößt. Die Bogenlampen blinken vom Korb. Eine Bahre, auf der eine in Decken gehüllte, reglose Gestalt liegt, wird von zwei rauchgeschwärtzten Männern herausgetragen.

„Wer ist es?“ fragt man sie.

Sie zucken die Achseln, wissen es selbst nicht, wer der Tote ist.

Glockensignal: Hängen.

Die zweite Etage wird vorgeschoben, eine Bahre wird herausgetragen.

„Wer ist es?“ fragt man die beiden Träger.

Achselzucken.

Eine Frau geht auf die Bahre zu, reißt die Decke herunter. Suchend gehen ihre Augen über das unkenntliche, verkohlte Gesicht des Toten. Ist er es, den sie sucht, oder ist es ein anderer? Sie kann keine Antwort darauf geben, aber das schreckliche Totengesicht treibt ihr die Tränen aus den Augen. Noch zwei Bahren werden herausgebracht, keiner der Toten ist zu erkennen.

Der Korb fährt in die Tiefe, die vier Bahren werden fortgetragen. Angsterfüllte Gesichter starren schweigend auf den Schacht.

„Polizei kommt“, wird aus den hintersten Reihen der am Schacht Wartenden gebrüllt. Die vor dem Schacht weichen nicht von der Stelle. Was will die Polizei hier? Mag sie sich zum Teufel scheren. Schupohelme blinken auf, der Portier hat sie herbeigerufen per Telephon, als man das Zechentor aufbrach. Er handelt nach seinen Instruktionen.

„Der Schacht muß frei bleiben, damit die Förderung der Toten und Verletzten ungehindert vor sich gehen kann“, ruft der Oberwachtmeister, der das Kommando führt. „Ihr verzögert die Ausfahrt und seid schuld, wenn durch diese Verzögerung Leute sterben müssen.“

Die Hintersten gehen von selbst, die anderen werden mit sanfter Gewalt vom Schacht und Zechenplatz gedrängt. Das Tor wird geschlossen, zwei Schupobeamte halten davor Wache. Die Menge murr. Warum treibt man sie vom Schacht, wo es doch ihr Recht ist, dort auszuharren, bis sie Kunde hat über das Schicksal derer, um die sie bangt. „Zum Schacht“, werden Rufe laut. „Schlagt die blauen Hunde tot!“ In drohender Haltung rückt die Menge gegen das Zechentor vor, die Schupos ziehen ihre Pistolen. Zwei Autos kommen die Straße hinaufgerast, das Ueberfallkommando springt heraus. Sie fassen sich an den Händen, bilden eine lebende Kette, drängen die erregten Menschen auf die andere Straßenseite.

„Zurück, die Straße muß frei bleiben!“

Flüche fallen, Drohungen; Steine werden aufgehoben. Die Lage wird für die Polizisten immer bedrohlicher. Der Polizeikommissar von Annendorf redet begütigend auf die Menge ein.

„Leute, nun seid doch vernünftig und zwingt uns nicht zu Gewaltmaßnahmen. Die Straße muß frei bleiben für die anfahren Krankenwagen und die Rettungsmannschaften, die herbeigerufen sind. Eure Aufregung ist verständlich, wir fühlen mit euch. Deswegen sehen wir über vieles hinweg. Keinem aber ist geholfen, wenn er sich der ungestörten Abwicklung der Rettungsarbeiten hindernd in den Weg stellt.“

Diese Worte wirken besser als die gezogenen Pistolen der beiden Posten vor dem Tor. Langsam wird der Platz vor dem Zechentor frei gemacht.

Auf der anderen Straßenseite steht jetzt die Menschenmauer, starrt auf den Zechenplatz, das riesige Stahlskelett des Fördergerüsts. Ein Lastauto rattert heran, Männer darauf in hellen Grubenanzügen. Sauerstoffapparate und Rauchhelme haben sie neben sich liegen; es ist die Rettungsmannschaft der benachbarten Zeche. Das Tor wird geöffnet, das Auto fährt ein. Hinter ihm drängt sich Mutter Kroll durch das Tor, an den sie nicht bemerkenden Schupobeamten vorbei. Den Portier, der sie in übertriebenem Pflichteifer zurückschieben will, stößt sie mit der knöchernen Faust vor die Brust.

„Pack mich nicht an, Schmidt“, sagt sie drohend. „Drei Jungens hab ich unten, hast du verstanden?“

Da läßt er sie gehen, verschließt das Tor. Mutter Kroll geht zum Schacht, fragt einen vorübergehenden Arbeiter:

„Ist noch niemand gerettet?“

„Doch, sie stehen unten vor dem Schacht und warten, daß man sie zutage fördert.“

Die Alte schaut zum Förderturm empor, sieht die Seilscheiben kreisen. Jetzt werden sie kommen, denkt sie.

Die Räder stehen still, schwere Arbeitsschuhe klappern die eiserne Treppe der Hängebank hinunter.

Bergleute mit nackten, schwarzen Oberkörpern kommen aus der Grube, nur mit Hose und Schuhen bekleidet, mit und ohne Grubenlampe, wie sie auf der Flucht vor dem schwarzen Tode von ihren Arbeitsstellen weggelaufen sind. Ihre Körper schauern zusammen vor Kälte, ihre Augen blinzeln in das ungewohnte Licht, in ihren Gesichtern ist die Freude zu lesen über ihre Rückkehr zum Tage in die Sicherheit. Aufmerksam schaut Mutter Kroll in jedes schwarze Gesicht, aber keins ist darunter, das einem ihrer Söhne gehört. Mutlosigkeit und Niedergeschlagenheit befällt sie. Ein junger Lehrling kommt als Letzter vom Schacht, ihn spricht Mutter Kroll an.

„Sag, Alfred, du hast doch bei meinen Jungens gearbeitet. Wo sind sie, kommen sie bald?“

(Fortsetzung folgt.)

